

Antrag

der AfD-Fraktion

Studie über die Wasserstoffstrategie der Landesregierung beauftragen: Nutzung von Wasserstoff marktwirtschaftlich auf den Prüfstand stellen!

Der Landtag stellt fest:

Wasserstoff ist ein Produkt, dessen umfassende Nutzung an ungelösten Problemen scheitert. Er ist daher zum jetzigen Zeitpunkt nicht geeignet, die Energieversorgung Brandenburgs sicherzustellen. Die Wasserstoffstrategie der Landesregierung muss daher auf ihre Realisierbarkeit hin überprüft werden.

Der Landtag möge beschließen:

1. Die Landesregierung wird dazu verpflichtet, ihre Wasserstoffstrategie im Juniplenium vorzustellen und zu erläutern.
2. Es ist eine Studie in Auftrag zu geben, welche die Klimaverträglichkeit sowie die künftige Forschungsförderung der Wasserstoffindustrie auf ihr Kosten-Nutzen-Verhältnis überprüft.

Begründung:

Das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie stellte seine „Maßnahmenkonkrete Strategie für den Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft im Land Brandenburg“ am 9. Dezember 2021 im Wirtschaftsausschuss, auf Anregung des Herrn Ministers Steinbach vom 10. November, vor.

In der „Maßnahmenkonkreten Strategie für den Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft im Land Brandenburg“ vom November 2021 bekennt sich das Land Brandenburg gemeinsam mit den Ländern Sachsen und Sachsen-Anhalt zu einem einheitlichen Auftreten der Länder, „wie sich eine grüne Wasserstoffwirtschaft positiv auf die Energiewende und auf die Strukturentwicklung in Energieregionen auswirken kann.“

Zu dreiundsechzig Maßnahmen wird ein Handlungszeitraum für jedes Projekt von 2021 bis 2040 abgebildet, oftmals in Kooperation mit dem Land Berlin. Diese Projekte werden jeweils den Bereichen Herstellung, Nutzung, Wärmeproduktion, Stromerzeugung, Transport, Speicherung, Förderungsbedingungen, Klimaschutz, Akzeptanz, Forschung und Synergien zugeordnet. Wasserstoff wurde als Zukunftstechnologie herausgestellt.

Hemmnisse werden in der Wasserstoffstrategie oftmals unter der wiederkehrenden Rubrik „Potenziale und Herausforderungen“ subsumiert. Das Hemmnis des hohen Preises für Wasserstoff wird unter diesem Titel unter Punkt 7.2 genannt, technische Hemmnisse und offene Fragen wie die Speicherung unter 8.2. Abbildungen und Tabellen zu diesen Punkten weichen häufig den im Text dargestellten Sachverhalten aus. Ähnlich verhielt es sich auch bei der Vorstellung im Ausschuss.

Die dargestellte Herangehensweise, dass gerade das Vorhandensein von sogenannten Erneuerbaren Energien in Brandenburg den Reiz von Wasserstoffnutzung ausmachen würde, ist nicht nachvollziehbar. Wasserstoff zieht zur Versorgung benötigten Strom ab, er muss produziert werden. Die Schaffung riskanter Strukturen bei Vernichtung von drei Vierteln der erzeugten Energie bleibt angesichts der Energiesituation ein Luxus, den wir uns nicht leisten können.

Die in der Strategie dargestellten Projekte müssen hinsichtlich ihrer Umsetzung, des Wirkungsgrades ihrer Umwandlungsformate, der angewandten Technik, ihrer Materialbeschaffenheit und ihres Rohstoffverbrauchs diskutiert werden. Die Brandenburger müssen vor allem über den Kostenrahmen und die wirtschaftlichen Auswirkungen umfassend informiert werden.

Eine Reise des Wirtschaftsausschusses des Landtages in die benannten Nachbarbundesländer am 7. April 2022 gab einen Einblick in verschiedene Projekte und warf neue Fragen auf.

Besuchspunkte waren:

- das Wasserstoffdorf Bitterfeld mit einem Versuchsfeld (Gesamtfläche 12 000 m²) zur Erprobung der notwendigen Infrastruktur für die Wasserstoffnutzung,
- der Energiepark Bad Lauchstädt als Reallabor der Energiewende zur Untersuchung der Speicherung und des wirtschaftlichen Einsatzes von Grünem Wasserstoff,
- der Linde-Chemiepark in Leuna, das größte Gase-Produktionszentrum Europas.

Die astronomischen Kosten der Umstellung auf wasserstoffbasiertes Wirtschaften in Zeiten der Inflation und steigender Energiepreise waren kein Thema.

Fragen zum Wasserhaushalt wurden damit beantwortet, dass es an der Ostsee genügend Wasser gäbe. Dass die daran anknüpfende Frage der Salzlast national und global ungelöst ist, blieb unbestritten.

Die klimatischen Auswirkungen von Wasserstoff-Leckagen sind neuerdings in internationalen Studien herausgearbeitet worden.¹ Es muss vor der Installierung einer Wasserstoffwirtschaft geklärt werden, ob die Klimaschädlichkeit nicht größer ist als die gewünschten Effekte.

Als Partei der Technologieoffenheit geht es der Alternative für Deutschland nicht darum, jegliche Wege der Forschung und der Anwendungserprobung zu verbauen, wie es unbegründet und in unverantwortlicher Weise bei der Kernenergie geschehen ist.

¹ Vgl. Nicola Warwick, Paul Griffiths, James Keeble, Alexander Archibald, John Pyle (University of Cambridge und NCAS) und Keith Shine (University of Reading), „Atmosphärische Auswirkungen des erhöhten Wasserstoffverbrauchs“, April 2022.

Aktuell kann in der Industrie der Wasserstoff die bisher genutzten fossilen Brennstoffe zum vierfachen Preis ersetzen. Eingesetzt in Brennstoffzellen, kann Wasserstoff Gebäude mit elektrischer und thermischer Energie - zum zwölffachen Preis/Stromverbrauch im Vergleich mit z. B. einer Wärmepumpe - versorgen.

Wir stellen fest: Die sichere Energieversorgung der 1990er-Jahre fortwährend umweltverträglicher und wirtschaftlich effizienter zu gestalten, ist ein Ziel, das die AfD mitträgt. Beide Punkte aber sind miteinander verbunden: Umweltverträglichkeit ohne Effizienz ist unbezahlbar, wirtschaftliche Ausbeute auf Kosten der Umwelt gewiss auch. Es ist zu vermeiden, dass kostenintensive Techniken die Umwelt schädigen. Dies geschieht bereits bei der Anwendung von Windkraft. Bei der Wasserstofftechnologie gilt es, solche Entwicklungen von Beginn an zu vermeiden.